

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DBU



Grossratsgeschäftsnummer: 20 / BS 65 / 672
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DBU

Bericht der GFK-Subkommission DBU zur Geschäftsprüfung 2023

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DBU

Präsident: Koch Christian, Matzingen
Mitglieder: Müller Mathis, Pfyn
Opprecht Andreas, Sulgen
vakant

Geschäftsbericht 2023 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2023

Allgemeines zum Departement

Vor dem Hintergrund des neuen FHG und der Finanzstrategie 2024 bis 2030 hat das DBU eine departementsinterne Begleitgruppe eingesetzt. In dieser wurden die anstehenden Änderungen und Herausforderungen vorgestellt und besprochen. Fragen werden gesammelt und die Antworten allen zur Kenntnis gebracht.

Das Gesamtvorhaben WILWEST wurde einer Nachhaltigkeitsprüfung durch externe Fachleute unterzogen. Dabei bestätigte sich, dass das Projekt hinsichtlich Nachhaltigkeit schon vorbildlich ist. Es kann aber mit zusätzlichen Massnahmen noch weiter optimiert werden. Dem Kantonsrat St.Gallen und dem Grossen Rat des Kantons Thurgau wird ein Bericht mit der Botschaften zugestellt. Die Entscheide der Parlamente sind in der ersten Hälfte des Jahres 2025 zu erwarten. Die Arbeiten an der kantonalen Nutzungszone sind weit fortgeschritten, werden aber erst nach Zustimmung der Kantonsparlamente wiederaufgenommen.

Betreffend "BTS" hat Bund drei Szenarien bewertet: a) Maximalvariante (entspricht der BTS wie bisher), b) Basisstrategie (was kann gemacht werden, wenn keine neuen Strassen gebaut werden) und c) Optimierungsstrategie (flächendeckende Überprüfung aller Ortschaften mit Varianten für Umfahrungen unter Berücksichtigung der Kosten, des Landverbrauchs, der Lärmentlastung, der Wirkung auf bzw. für verschiedene Anspruchsgruppen, der Realisierungschancen etc.). Ende Mai fand ein Forum mit Vertreterinnen und Vertretern eines breiten politischen Spektrums statt, an welchem über den aktuellen Status informiert und diskutiert wurde und Varianten vorgestellt und das Feedback abgeholt wurde. Ziel ist eine Einigung in der anschliessenden Behördendelegation. Sollte sie noch nicht an einem ersten Termin erzielt werden, folgen weitere Runden. Die Grundlagen wurden objektiv und sachlich aufgearbeitet und bieten eine gute Grundlage für einen Entscheid.

2/9

Zu den Zahlen:

Die Erfolgsrechnung schliesst mit einem Nettoaufwand von rund 34.7 Mio. Franken ab. Der Aufwandüberschuss liegt rund 9 Mio. über dem Vorjahr, jedoch 3 Mio. unter dem Budget. Die wichtigsten Abweichungen ergaben sich im ARE aufgrund von Vakanzen und diversen Budgetunterschreitungen sowie beim HBA aufgrund der Nichtbeanspruchung der Mittel für den Leuchtersatz sowie höherer Mieteinnahmen für Parkplätze.

Die Investitionsrechnung schliesst wiederum unter Budget. Es wurden rund 51 Mio. investiert, was wohl knapp 14.5 Mio. mehr ist, als im Vorjahr, jedoch 4.5 Mio. weniger als budgetiert. Im TBA kam es zu Verzögerungen, hinzu kommt ein höherer Bundesbeitrag. Beim AfU kam es zu Verzögerungen bei geplanten Wasserbauprojekten.

Ämterbesuche 2024

Die Subkommission DBU hat folgende Ämter besucht:

- Amt für Raumentwicklung
- Tiefbauamt
- Forstamt
- Amt für Umwelt

Ich bedanke mich im Namen der Subkommission DBU für die immer offenen und umfassenden Antworten auf unsere Fragen.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

6010-6020 Generalsekretariat

Kurzkomentar, S. 245

Die Wiederbesetzung der vakanten Stelle im Rechtsdienst war schwierig: Die Stelle musste zweimal ausgeschrieben werden. Es gingen nur vereinzelte valable Bewerbungen ein. Entweder wiesen die Bewerberinnen und Bewerber nicht die nötigen Qualifikationen auf (lic. iur. oder MLaw) oder verfügten über keinerlei Berufserfahrungen. Im September konnte die Stelle schliesslich wiederbesetzt werden, indes nicht wie gewünscht mit einem 100 % Pensum, sondern nur mit einem 60 % Pensum.

Kommentar, S. 250

Die organisatorische Umstellung des Umzugs der Baugesuchszentrale ins Generalsekretariat ist reibungslos verlaufen. Nach gut elf Monaten kann eine positive Bilanz gezogen werden. Die "übernommenen" Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind gut ins bestehende Team integriert. Das Generalsekretariat hat aktuell 36 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, was für einen Stab sehr gross ist. Mit der Übernahme der Baugesuchszentrale hat sich das Aufgabengebiet des Generalsekretariats zwar nochmals deutlich erweitert, die Verantwortlichkeit für diesen Bereich wird aber durchwegs positiv gewertet. Direkte Folgekosten gibt es keine. Da das GS DBU mit der Baugesuchszentrale als künftiger

Product Owner für eBau/ePlan bestimmt wurde, ist jedoch in diesem Bereich ab 2026 mit Kosten für den Betrieb und Weiterentwicklungen zu rechnen.

Indikatoren, S. 251

Diese Indikatoren werden letztmals verwendet, da sie nicht mehr zeitgemäss sind. Insbesondere ist der "Nicht-Standardfall" in den letzten Jahren zum Normalfall avanciert und die Betrachtung der Dauer ab Abschluss Schriftenwechsel bildet nur einen kleinen Teil des Verfahrens ab. Per 2024 wurden neue Indikatoren festgelegt:

- Durchschnittliche Nettobearbeitungszeit < 34 Wochen
- Nettobearbeitungszeit 80 % < 40 Wochen

Mit diesen wird der Fokus auf die gesamte Verfahrensdauer gelegt und es werden jene Zeitspannen ausgeklammert, die durch äussere Einflüsse (Sistierungen aufgrund von Fristerstreckungen, Vergleichsgesprächen etc.) gesteuert werden. Daraus resultiert die sogenannte "Nettobearbeitungszeit". An diesen Zielen wird der Rechtsdienst ab dem Jahr 2024 gemessen.

6110-6130 Amt für Raumentwicklung

Umsetzung Zielsetzungen RR-Richtlinien, S. 252

Mit dem Projekt "Positionierung des Kantons Thurgau im Raumkonzept Schweiz" wurde eine gemeinsame Position der beteiligten Ostschweizer Kantone erarbeitet. Das Projekt konnte damit abgeschlossen werden. Die Position wird nun bei der laufenden Überarbeitung des Raumkonzepts eingebracht. Es sind keine weiteren Massnahmen geplant, die Kosten verursachen.

Natur und Biodiversität, Aufwertungen, S. 254

2023 waren lediglich zwei Vorhaben vorgesehen. Ausgeführt werden konnten die Dammsanierung, Uferabflachung und neuen Amphibientümpel beim Biessenhofer Weiher (Gemeinde Amriswil, Erlen). Sistiert wurde das Vorhaben Awiler Ried (Gemeinde Fischingen), da das Verhältnis von Aufwand und Wirkung schlecht war.

Information, S. 256

Für die drei Musterverträge und Grundlagen für den Zertifikatshandel bzw. den Gut-schriftenhandel sind externe Kosten in der Höhe von rund Fr. 50'000 angefallen.

Ortsplanung, S. 257

Bisher haben 50 Gemeinden eine genehmigte Ortsplanungs-Revision, fünf Genehmigungsgesuche sind in Bearbeitung. Von den restlichen 25 Gemeinden haben deren 14 eine abgeschlossene Vorprüfung, zusätzlich sind zwei in Bearbeitung. Es wird vermutlich noch fünf Jahre dauern, bis alle Gemeinden im Besitz einer genehmigten Ortsplanungs-Revision sind.

Ortsplanung, S. 258

Gemäss Kenntnisstand haben erst drei Gemeinden die Gewässerräume auf ihrem gesamten Gemeindegebiet ausgeschieden. In der Regel scheiden die Gemeinden die Gewässerräume in Etappen aus, weshalb aus der Anzahl laufender Vorprüfungs- oder

Genehmigungsgesuche betreffend einzelne Gewässer in den 80 Gemeinden keine Rückschlüsse gezogen werden können. Derzeit sind beim Kanton sechs Gesuche um Genehmigung und sechs Gesuche um Vorprüfung in Bearbeitung. Wie viele Projekte sich bei den Gemeinden in einer Mitwirkungsphase befinden, ist nicht bekannt. Die Frist zur Ausscheidung der Gewässerraumlinien endet Ende 2026

Bauen ausserhalb Bauzonen, S. 261

Mit RPG2 sind die Anzahl Bauten und die versiegelten Flächen ausserhalb der Bauzone bezüglich des Referenzdatums 29. September 2023 zu stabilisieren (Art. 1 Abs. 2 lit. bter und bquater und Art. 8d nRPG). Die Umsetzung des Stabilisierungsziels hat innert fünf Jahren ab Inkrafttreten des revidierten RPG (voraussichtlich Mitte 2025) zu erfolgen. Unter anderem um dieses Stabilisierungsziel zu erreichen, soll der Abbruch nicht mehr genutzter Bauten mit einer Abbruchprämie gefördert werden.

Indikatoren, S. 261

Die Komplexität der Vorprüfung von Ortsplanungsrevisionen hat insgesamt zugenommen, was alle beteiligten Fachstellen fordert. Eine Analyse der Fristeinhaltung hat in diesem Bereich ergeben, dass die Fristüberschreitungen hauptsächlich auf ein stark belastetes Amt zurückgehen. Für 2024 wird eine klare Verbesserung erwartet.

Bei den Baugesuchen innerhalb Bauzone sind bislang auch Gesuchstypen enthalten, die nicht innert einem Monat abgewickelt werden können, bspw. abfallrechtliche Bewilligungen, Konzessionen oder Bauvorhaben mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Dadurch wird das Resultat verfälscht. Die BGZ arbeitet daran, die einzelnen Typen von Gesuchen künftig separat ausweisen zu können.

Zu Fristüberschreitungen bei regulären Baugesuchen innerhalb Bauzone kommt es in der Regel, wenn in einer Fachstelle Stellen temporär nicht besetzt sind, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter krankheitsbedingt ausfallen oder überdurchschnittlich viele Gesuche in einem bestimmten Bereich eingereicht werden (bspw. Erdwärmesonden), was vorübergehend zu einer Überlastung im betreffenden Fachbereich führt.

6210-6240 Hochbauamt

Umsetzung Zielsetzungen RR-Richtlinien, S. 263

Es ist nicht bekannt, in welchen Regionen oder Gemeinden permanente Gestaltungsbeiräte aktiv sind. Der SIA Thurgau stellt bereits seit mehreren Jahren einen „mobilen Gestaltungsbeirat“, der den Gemeinden beratend zur Seite steht. So können die Gemeindeverwaltungen auf einfache Art externe Spezialisten zu Gestaltungsfragen beziehen, wenn die Beurteilung eines Bauvorhabens dies nahelegt.

Amtsziele, S. 265

2023 wurden in die Ladeinfrastruktur von zwei Schnellladepunkten DC für Blaulichtorganisation Fr. 110'000 und in 28 AC Ladepunkten Fr. 130'000 investiert. Der Kanton hat (Stand Ecofleet 2023) rund 42 Elektroautos und 20 Hybridfahrzeuge im Einsatz. Die Ladeinfrastruktur wird gemäss dem Bedarf der Ämter weiter ausgebaut.

Indikatoren, S. 270

Im Bereich Energie wurde seitens Kanton per Ende Februar 2023 die angeordneten Sparmassnahmen vom Regierungsrat aufgehoben. Dies hat zur Folge, dass 2023 im Vergleich zu 2022 nicht so viel Energie eingespart werden konnte.

Die Vorgaben der Werterhaltung der kantonalen Gebäude konnten aus diversen Gründen nicht erreicht werden: die automatische Indexierung erhöht den Betrag der Werterhaltung; Bei Objekten, bei denen in absehbarer Zukunft ein Investitionsprojekt geplant ist, wird die Werterhaltung bewusst sehr reduziert; Budgetkürzungen zwingen zu Verschiebungen; durch die Nutzung eingeschränkte oder verunmöglichte Zugänglichkeit oder Lieferengpässe zwingen dazu, die Projekte mit einem Kreditübertrag im Folgejahr auszuführen; zunehmend führen fehlende Kapazitäten bei den Projektleitern Verschiebungen; betriebliche Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer reduzieren die zur Verfügung stehenden Gelder für den baulichen Unterhalt.

Investitionsrechnung, S. 270

Beim MZ Kalchrain war der schlechte Zustand der Haustechnikleitungen unvorhergesehen. Die Aufwendungen sind im bewilligten Kredit bereits eingerechnet.

Investitionsrechnung, S. 272

Die aktuelle Endkostenprognose für den Ergänzungsbau Regierungsgebäude liegt innerhalb des vom Volk genehmigten indexierten Kredits. Sie beläuft sich auf 44.1 Mio. Franken. Der ursprüngliche Kredit von 39.8 Mio. Franken liegt aktuell indexiert bei 45.7 Mio. Franken. Vor dem Hintergrund der massiven Teuerung insbesondere der Jahre 2021 und 2022 sind die Baukosten verhältnismässig. Der Einzug kann voraussichtlich im Juni 2025 erfolgen. Nach Bezug können vier Mietobjekte aufgehoben werden und die wegfallenden Mietkosten belaufen sich auf rund Fr. 1'220'000 pro Jahr.

Abgerechnete Projekte, S. 273

Bei der PMS Kreuzlingen musste der Ausführungstermin aufgrund von Lieferverzögerungen der Scheinwerfer verschoben werden. In dieser Zeit hat die Teuerung stark zugenommen. Ausserdem war der aufwendiger als angenommen die Unterkonstruktion musste verstärkt werden und die Kanäle waren für die neuen Kabel nicht ausreichend dimensioniert.

Beim Erweiterungsbau 2 PH Kreuzlingen führte der "nur" provisorisch ausgeführte Parkplatz zu Minderkosten. Es wurden 16 Parkplätze weniger umgesetzt und vorübergehend bei der Stadt Kreuzlingen angemietet. Falls die Stadt Kreuzlingen beim Hafbahnhof das neue Parkhaus erstellen kann, besteht die Absicht, sämtliche Parkplätze in das Parkhaus zu verlegen und das Areal der PMS/PH vom Verkehr möglichst zu befreien, um eine weitere Entwicklung des Campus zu ermöglichen.

6310-6377 Tiefbauamt

Umsetzung Zielsetzungen Richtlinien, S. 274

Der Anstieg des Restwerts ist rein buchhalterisch zu erklären. Bis 2011 wurden jeweils 100 % der Strasseninvestitionen direkt abgeschrieben. Mit der Einführung von HRM2 wurde die Abschreibungspraxis geändert. Seit 2012 werden die Strasseninvestitionen aktiviert und über 25 Jahre abgeschrieben, wobei mit dem Wechsel keine Neubewertung der Strassen erfolgt ist. Bis ins Jahr 2037 wird der Restwert entsprechend weiter ansteigen. Bei gleichbleibendem Investitionsniveau würden ab dem Jahr 2037 die Investitionen und die Abschreibungen gleich hoch sein.

Entwicklung Spezialfinanzierung, S. 275

Der Anstieg ist im Wesentlichen mit dem Wechsel in der Abschreibungspraxis begründet. Gemäss erstem Budget- und Finanzplanentwurf 2025 - 2028 ist in dieser Finanzplanperiode davon auszugehen, dass statt Einlagen nun Entnahmen aus der Spezialfinanzierung erfolgen werden, da neben den sinkenden Einnahmen von steigenden Ausgaben auszugehen ist.

Produktegruppe Bau, S. 276

Beschlossene Ersatzprojekte und zwischenzeitlich gelöste, bereits beschlossene Investitionsprojekte der Vorjahre konnten 2023 das aufgrund von Einsparungen, Drittwünschen und langwierigen Landerwerbsverhandlungen "blockierte" Investitionsvolumen im Bereich Kantonsstrassenkorrekturen nicht kompensieren. Per Budget 2025 wird die Position "Korrektur Erfüllungsgrad" voraussichtlich von 15% auf 20 % erhöht.

Die Situation im Bereich baulicher Unterhalt hat sich wieder normalisiert, die vakanten Stellen konnten erfolgreich wiederbesetzt werden. Die Oberbauleitung durch private Ingenieurbüros gestaltet sich insofern schwierig, als finanzielle wie terminliche Entscheidungen nicht einfach delegiert werden können. Zudem ist die Beschäftigung und Auslastung der Ingenieurbüros im Kanton bereits sehr hoch, viele Ingenieurbüros/Bauleitungen arbeiten bereits in diversen Projektaufträgen für das Amt.

Fahrbahnsanierungen, vor allem kurzfristige Sofortmassnahmen, binden in kurzer Zeit viele Ressourcen, da diese oft in der Nacht oder im 24 Stundenbetrieb ausgeführt werden, was zu Sondereinsätzen der Projektleiter führt. Die Kapazitäten sollten aus der Sicht des Betriebs mit der neuen Projektleiterstelle jedoch kurz- bis mittelfristig ausreichen.

Langsamverkehr, S. 277

Zum Mountainbikekonzept Thurgau wurden zwei öffentliche Workshops durchgeführt: ein Bedürfnis- und ein Routen-Workshop. Aktuell liegt das Mountainbikekonzept im Rohentwurf vor und wird in der Arbeitsgruppe finalisiert. Die Wunschrouten wurden gesichtet, aufbereitet und in der Arbeitsgruppe vernehmlicht. Nach intensiven Verhandlungen zeichnen sich bewilligungsfähige Routen ab. In Absprache mit dem Lenkungsausschuss sollen nun erst die betroffenen Verbände und Gruppierungen und dann die Öffentlichkeit eingebunden werden.

Zwischen Neuparadies und Schlatt wird im nördlichen Teil ein neuer Radwegabschnitt neben der Kantonsstrasse gebaut, im südlichen Teil mit einer neuen Brücke ein bestehender Weg erschlossen und damit zum kantonalen Radweg umgebaut. Sowohl im Projekt Berg-Birwinken als auch im Projekt Amriswil-Schocherswilen entstehen neue Radwege. Dabei wurden Alternativen geprüft, mussten aber als unattraktiv verworfen werden. Zwischen Neukirch und Egnach werden beidseits der Kantonsstrasse die bestehenden Veloinfrastrukturen normgerecht ausgebaut. Alltagsradwege sollen auch im Winter zur Verfügung stehen, dabei ist ein sicherer und zuverlässiger Winterdienst nur auf asphaltierten Strassen möglich.

Unfallstatistik, S. 277

Im Vergleich zum Vorjahr ist das Unfallgeschehen um 4 % gesunken und im Fünfjahresvergleich um 1 %. Besonders erfreulich im Unfalljahr 2023 ist der starke Rückgang der Unfälle mit grossem Personenschaden (Schwerverletzte oder Getötete). Die Verkehrssicherheit auf unseren Strassen befindet sich im internationalen Vergleich auf sehr hohem Niveau. Somit werden die Stellschrauben immer kleiner. Durch die wachsende Wohnbevölkerung und der hohen Mobilitätsrate bestehen immer mehr mögliche Konflikte, die im schlimmsten Fall zu einem Unfall führen können.

Investitionsrechnung, S. 279

Die Gründe, dass im Bereich Bau und Unterhalt der Wanderwege nur 1/3 des Budgets realisiert wurde sind bei den Personalfluktuationen und -ausfällen zu suchen. Ab Juli 2023 trat das neue Strassen- und Weggesetz in Kraft, darin sind der Unterhalt und die Zuständigkeit (neu bei den Gemeinden) geregelt. Es werden von Seiten TBA keine weiteren "Ersatzzuständigkeiten" geschaffen oder gesucht.

Vorsorglicher Landerwerb, S. 279

Beim Erwerb eines Hofes wurde der Preis aufgrund der Bewertung des Landwirtschaftsamtes vom 29. März 2023 festgelegt. Der vom Landwirtschaftsamt hergeleitete Erwerbspreis enthält keinen Quadratmeterpreis. Erfahrungsgemäss beträgt er im betreffenden Gebiet zwischen Fr. 8.50 bis 9.00 pro m². BTS-Trasseeland wird nach wie vor zu Fr. 15.00 pro m² erworben. Das in Wittenwil, Aadorf, erworbene Grundstück befindet sich in der öffentlichen Zone und wurde zum Preis von Fr. 220 pro m² erworben.

Unfallsschwerpunkte, Anhang S. 88

Die Unfallschwerpunkte (USP) werden im Rahmen des Blackspotmanagement (BSM) analysiert und konkrete Massnahmen zu deren Behebung werden erarbeitet. Der aktuelle Bericht lag zum Zeitpunkt der Beratung noch nicht vor.

6410 Amt für Denkmalpflege

Produktegruppe Denkmäler, Allgemein, S. 281

Das Hinweisinventar wird gemeindeweise bearbeitet und die tatsächlich erhaltenswerten Objekte werden in das reduzierte IDEGO überführt. 35 Gemeinden wurden bereits bearbeitet, die Übrigen sind in Bearbeitung. Die Überführung des Hinweisinventars ins IDEGO sollte Mitte 2025 abgeschlossen sein. Ende Mai 2024 ist eine erste Mitwirkung

zum Entwurf des IDEGO in Felben-Wellhausen vorgesehen. Danach folgen bezirksweise weitere Mitwirkungsverfahren. Dies dauert voraussichtlich bis Herbst 2025. Die Inkraftsetzung des IDEGO erfolgt voraussichtlich per Anfang 2027 auf der Grundlage des sich in Revision befindenden TG NHG.

Produktegruppe Denkmäler, Restaurierungsbegleitung, S. 282

Bei der beschafften Software handelt sich um eine Lösung, die in abgewandelter Form bereits in der Kantonalen Verwaltung Zürich im Einsatz steht und die auf die amtspezifischen Gegebenheiten angepasst werden muss. Standardlösungen ab Stange gibt es für diesen Bereich nicht.

Indikatoren, S. 283

Das Ziel bei der Schutzplanbegleitung wurde nicht erreicht nachdem zahlreiche Gemeinden im Hinblick auf den beabsichtigten Systemwechsel vom Hinweisinventar zum IDEGO ihre Schutzplanüberarbeitungen abgebrochen haben, da künftig der Schutz gemäss neuem TG NHG nur noch über Einzelverfügungen erfolgen soll.

6510-6532 Amt für Umwelt

Umsetzung Zielsetzungen RR-Richtlinien, S. 284

Derzeit werden die Rückmeldungen aus der internen Vernehmlassung zum Massnahmenplan Klima ausgewertet und dieser überarbeitet. Voraussichtlich ab Oktober 2024 erfolgt die externe Vernehmlassung und im Anschluss eine entsprechende Überarbeitung des Massnahmenplans. Ziel ist es, diesen im Frühling 2025 dem Regierungsrat zur Genehmigung vorlegen zu können.

Abwasser und Anlagensicherheit, S. 286

Gemäss derzeitigem Kenntnisstand sollen die erforderlichen Anpassungen im Gewässerschutzgesetz und in der Gewässerschutzverordnung bis Ende 2027 vorgenommen werden. Es ist davon auszugehen, dass bis dahin neben den Umsetzungsfristen auch die Finanzierungsvorgaben geklärt sind.

Abfall und Boden, S. 287

Aktuell gibt es 157 untersuchungsbedürftige Standorte, bei denen die Voruntersuchung noch nicht abgeschlossen ist. Im März und April 2024 wurden für 28 Standorte Erinnerungsschreiben verschickt sowie für drei Standorte die Ersatzvornahme angedroht, da die Fristen abgelaufen waren. Bei zwei Standorten werden zurzeit die Voruntersuchungen mittels Ersatzvornahme durchgeführt. Bei zwei Standorten konnte nach telefonischer Kontaktaufnahme erreicht werden, dass die Pflichtigen mittlerweile die Untersuchungen beauftragt haben. Bei sechs Standorten sind die Fristen zwar abgelaufen, die Berichte sind aber nach Rücksprache mit den Gutachtern kurz vor der Fertigstellung und bei drei Standorten ist man mit den Pflichtigen in Kontakt.

Luftreinhaltung und Klima, S. 290

Bei allen bestehenden Mobilfunkanlagen ist nicht nur 3G in Betrieb, sondern gleichzeitig immer noch eine oder mehrere weitere Technologien. Es bestehen keine hängigen Verfahren von nicht umgerüsteten UMTS-Standorten. Mit Ausfällen in der Netzabdeckung

aufgrund von Einsprache- und Rekursverfahren bei der vorgesehenen Abschaltung von 3G/UMTS ist nicht zu rechnen, da keine Anlage nur mit diesen Betrieb ist, sondern gleichzeitig mit anderen Frequenzen.

Wasserbau und Hydrometrie, S. 291

Bis ins Jahr 2034 sollen rund 47 km Fliessgewässer aufgewertet werden. Seit 2011 wurden im Kanton Thurgau mit diversen Projekten rund 9 km Fliessgewässer revitalisiert. Das Ziel wird voraussichtlich nicht erfüllt werden. Revitalisierungsmassnahmen und -projekte sind des Öfteren raumwirksam und benötigen Flächen, die nur eingeschränkt zur Verfügung stehen. Zudem werden Projekte durch Einsprachen verzögert. Durch die zusätzlichen Stellen, die im Rahmen der Biodiversitätsstrategie gesprochen wurden, sind aber künftig mehr Ressourcen vorhanden, um die Gemeinden aktiver bei der Umsetzung von Revitalisierungsprojekten zu unterstützen, sofern die entsprechenden Finanzmittel auf Ebene Gemeinde, Kanton und Bund vorhanden sind.

Die Gemeinden sollten bis Ende 2018 ein Bachunterhaltskonzept erarbeitet haben. 70 Gemeinden verfügen über ein Unterhaltskonzept. Diejenigen Gemeinden, die noch kein Unterhaltskonzept erarbeitet haben, wurden vor ca. zwei Jahren angeschrieben und um Stellungnahme gebeten. Alle säumigen Gemeinden konnten plausible Gründe angeben. Der Kanton leistet keine Beiträge für den Unterhalt der Bäche an die Gemeinden, wenn kein entsprechendes Unterhaltskonzept vorliegt.

Investitionsrechnung, S. 292

Die Realisierung von Korrektionsprojekten ist abhängig von Faktoren, die ausserhalb des Einflussbereiches des Kantons liegen (Zustimmung Grundeigentümer, Priorisierung Gemeinde, Einspracheverfahren). Eine rasche Umsetzung von Ersatzprojekten ist in der Regel nicht möglich.

**6610-6620 Forstamt
Walderhaltung, S. 296**

Per 31. Dezember 2023 waren 145 ha Altholzinseln gesichert. Das Forstamt richtet in der Regel pro Jahr 8-10 ha neue Altholzinseln ein. 2023 waren es jedoch nur rund 5 ha. Wir gehen dennoch davon aus, dass das Ziel von 200 ha bis 2030 ohne weitere Beschleunigung erreicht werden kann.

Programmvereinbarungen, S. 299

Das Bundesgesetz über den Wald gewährt zum Schutz von Naturereignissen u.a. Abgeltungen an die Erstellung von Gefahrenkarten. Gemeint sind hierbei Naturereignisse wie Lawinen, Steinschlag und Rutschungen, im Thurgau spielen vor allem Rutschungen eine Rolle.

Matzingen, 14. Juni 2024

Der Subkommissionspräsident:
Christian Koch, Matzingen